

Er will den Bundestagssitz verteidigen

Kandidaten im Porträt: Die Serie zur Bundestagswahl stellt Bewerber im Wahlkreis Schwarzwald-Baar vor – heute Thorsten Frei von der CDU

VON JÜRGEN DREHER

Schwarzwald-Baar – 2013 gelang dem damaligen Donaueschinger Oberbürgermeister Thorsten Frei zum ersten Mal der Einzug in den Bundestag. Dort repräsentierte der Christdemokrat nun vier Jahre lang als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Schwarzwald-Baar. Nach seiner ersten Wahlperiode tritt er jetzt zum zweiten Mal an, um sein Mandat zu verteidigen.

► **Wer er ist:** Thorsten Frei kam vor 44 Jahren in Bad Säckingen als Sohn eines Polizeibeamten und einer Industriekauffrau zur Welt. Er studierte nach dem Abitur Rechtswissenschaften an der Uni Freiburg und arbeitete unter anderem als Rechtsanwalt und Referent des damaligen Staats- und Europaministers Christoph Palmer. Unterdessen war Frei schon mit 17 Jahren zu den Christdemokraten gestoßen. Er wurde 1999 CDU-Gemeinderat in Bad Säckingen und gleich Fraktionschef.

2004 wurde Thorsten Frei zum Oberbürgermeister in Donaueschingen gewählt. Bei seiner Wiederwahl nach acht Jahren schaffte er – als der einzige Bewerber – 99,4 Prozent. Ein Jahr später folgte die Wahl in den Bundestag. Eine Mehrheit der CDU-Mitglieder im Wahlkreis hatte Frei zuvor in einer Kampf Abstimmung gegen seinen Vorgänger Siegfried Kauder als Kandidaten nominiert, nachdem es monatelange Querelen im Kreisverband gegeben hatte.

Im Bundestag ist Frei Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, zudem ist er CDU-Obmann im Unterausschuss für Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln. Er amtiert ferner seit 2007 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg, zudem seit 2009 Kreisrat und seit 2011 CDU-Fraktionsvorsitzender im Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises. Er lebt mit seiner Frau und seinen drei Kindern (im Alter von vier, sechs und acht Jahren) in Donaueschingen.

► **Was ihn antreibt:** „Mich fasziniert an Politik generell das Zusammensetzen von verschiedenen Mosaiksteinen zu einem stimmigen Bild“, sagt Frei. Außen- und Europapolitik mache er „mit Leidenschaft“, auch „weil es hier um Fragen von höchster Relevanz geht“. Dazu habe er schon mehrere Reden im Bundestagsplenum halten können. Das Themenfeld würde er auch in den kommenden Jahren gerne weiter beackern, „ich bin auch offen für andere Themen, doch das hängt nicht von mir ab.“

Gleichermaßen wichtig sei ihm die Wahlkreisarbeit, verbunden auch mit seinem Kreistagsmandat. Er sei ein



CDU-Bundestagskandidat Thorsten Frei neben einem seiner Wahlplakate in der Villingener Fußgängerzone. BILD: JÜRGEN DREHER

„überzeugter Verfechter des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung“, daher habe er sich erfolgreich auch für eine bessere finanzielle Unterstützung des Bundes für die Kommunen eingesetzt. Stolz ist er, dass er sich wirksam dafür einsetzen konnte, dass nun alle Bundesstraßen-Ausbauprojekte in seinem Wahlkreis entweder schon angepackt wurden oder in den kommenden Jahren umgesetzt werden können – und auch der Gäubahn-Ausbau mit einer halben Milliarde Euro im neuen Bundesverkehrswegeplan steht.

► **Was er anstrebt:** Die Außen- und Sicherheitspolitik ist für Frei eines der wichtigsten Themenfelder der kommenden Jahre. Deutschland müsse sich angesichts all der Krisen und Bedrohungen einer gewaltigen Herausforderung stellen.

Insbesondere müsse Deutschland mehr Geld fürs Militär ausgeben, fordert Frei, es gehe um internationale Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit. „Wir sind Mitglied in einer Versicherung namens Nato“, und in der hätten sich 2014 alle Mitglieder verpflichtet, spätestens von 2024 an jährlich zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Rüstung und Militär auszugeben. Das war „kein Trump-Diktat“, so Frei: „Damals hieß der US-Präsident Barack Obama und Außenminister war Frank-Walter Steinmeier.“ Aktuell gebe Deutschland nur 1,2 Prozent aus: „Das

akzeptieren unsere Partner zu Recht nicht mehr“, zumal Deutschland als Exportweltmeister finanziell hervorragend dastehe.

Etlliche internationale Verpflichtungen sei Deutschland obendrein im Rahmen von UN-, Nato- und EU-Missionen eingegangen, was die Bundeswehr aber an manchen Stellen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gebracht habe. Daher müsse es mehr Geld für die Bundeswehr geben. Frei: „Ich könnte mir viele schönere Projekte vorstellen, aber es ist die erste Aufgabe des Staates, für die äußere Sicherheit zu sorgen.“

Ebenfalls ganz wichtig sei die innere Sicherheit: Hier habe die große Koalition die Sicherheitskräfte bereits gestärkt, die Strafvorschriften für Wohnungseinbrecher verschärft und so „Dinge erreicht, die keine andere Koalition geschafft hätte“, räumt Frei ein. Dennoch gebe es noch sehr viel zu tun. Es sei ein Ziel, die Zahl der Stellen bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt in den kommenden Jahren um 15 000 zu erhöhen, so Frei. Auch die Ausstattung müsse besser werden, „damit die technischen Möglichkeiten nicht allein den Verbrechern vorbehalten bleiben.“

Eine „unvergleichlich große Herausforderung“ für die kommenden Jahre und Jahrzehnte bleibe das Flüchtlingsthema, vor allem mit Blick auf Afrika mit seinem starken Bevölkerungswachstum. Ein Jahr wie 2015, als 890 000

Bewerber-Check

Wer sind die Bundestagskandidaten von CDU, SPD, Grünen, FDP, AfD und Linke im Wahlkreis Schwarzwald-Baar? Woher kommen sie, wofür stehen sie, was sind ihre Ziele? Der SÜDKURIER stellt die Bewerber vor in der Serie Kandidaten im Porträt: **Thorsten Frei (CDU)**, Jens Löw (SPD), Volker Goerz (Grüne), Marcel Klinge (FDP), Joachim Senger (AfD) und Patrick Bausch (Die Linke).

Flüchtlinge nach Deutschland kamen – und zum Teil weiter nach Skandinavien zogen – „darf sich nicht wiederholen“. Um „die Flüchtlingsströme zu ordnen und zu begrenzen“, habe die große Koalition zwar schon einiges getan, aber vor allem die europäische Kooperation und Verteilung der Flüchtlinge müsse besser werden.

„Definitiv nicht zufrieden“ ist Frei damit, wie derzeit noch Rückführungen abgelehnter Asylbewerber laufen: Diese müssten viel konsequenter erfolgen, um die gesellschaftliche Akzeptanz für den Schutz etwa von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen zu erhalten. Es dürfe nicht sein, dass man sich nur lange genug widersetzen müsse, um irgendwann ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu erhalten.

Wenn eine Ablehnung rechtskräftig sei, müsse das Recht auch durchgesetzt werden. „Wenn man nicht abschiebt, geht auch keiner mehr freiwillig zurück, weil dann jeder weiß, dass man sowieso bleiben kann.“ Das gelte auch für Afghanistan, wo er selbst im Auftrag des Bundestags nun schon drei Mal vor Ort gewesen sei. Dort gebe es sehr wohl sichere Städte und Regionen.

Frei findet: „Das Asylrecht ist ein hohes Gut, das für die Zukunft erhalten werden muss – und es gibt genügend, die wirklich schutzbedürftig sind.“ Das gelte auch für Genfer Flüchtlingskonvention – ohne eine Obergrenze.

► **Wie er die Lage einschätzt:** Die Aufgabe im aktuellen Wahlkampf für Frei ist klar: Es geht vor allem darum, die meisten Erststimmen im Wahlkreis zu holen, um das Direktmandat im Bundestag zu verteidigen. Die Chancen stehen nach bisherigen Erfahrungen gut, sodass der Anspruch vor allem darin bestehe, „ein bestmögliches Ergebnis zu holen“, sagt Frei. Die Messlatte liegt hoch: 2013 schnitt Frei mit 56,7 Prozent sehr gut ab, obwohl sein Vorgänger als Abgeordneter, Siegfried Kauder, sich als Einzelbewerber ebenfalls zur Wahl stellte. Dabei dürfte Frei auch vom damaligen bundesweiten Hoch der CDU profitiert haben.

Sein Wahlkampfbudget, das aus selbst eingesammelten Spenden besteht, will er nicht verraten, aber er werde von einem Kernteam von etwa 30 Leuten, vielen weiteren CDU-Mitgliedern sowie von der CDU-Kreisgeschäftsstelle tatkräftig unterstützt.